



Norbert Geis

Mitglied des Deutschen Bundestages

1

Platz der Republik 1

Wilhelmstraße 60, Zi. 434

11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73524

Fax: (030) 227 - 76186

Email: norbert.geis@bundestag.de

Rede zur 2./3. Lesung des Antrags der SPD-Fraktion „Programme Schulverweigerung – Die 2. Chance und Kompetenzagenturen erhalten“ (Drs. 17/ 6103) sowie des Antrags der Fraktion die Linke „Hände weg von der Initiative Jugend stärken“ (Drs. 17/ 6393)

Rede gehalten in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag,
den 19. Januar 2012

– Es gilt das gesprochene Wort –

Unser Land leidet, wie alle anderen EU-Länder, an einer immer älter werdenden Gesellschaft. Deshalb ist es richtig, darüber nachzudenken, wie wir die Potentiale des Alters nutzen können.

Aber noch wichtiger für die Zukunft unserer Gesellschaft ist die Kreativität und Innovationskraft der jungen Generation. Nur wenn unsere Jugend die beste Ausbildung erhält, wird Deutschland seine bedeutende Stellung in Europa und in der globalisierten Welt behaupten können. Deshalb entscheidet sich an der Bildung unserer Jugend die Zukunft unseres Landes.

Dabei kommt es darauf an, dass wir alle Jugendlichen ansprechen, auch die, die aus einem sozialen und familiären Umfeld kommen, in dem kein großer Wert auf Bildung gelegt wird. Wir wissen dass viele dieser Jugendlichen schon in der Schule scheitern und es versäumen, einen Beruf zu erlernen.

Es ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir diese Jugendlichen nicht allein lassen und sie in die Mitte der Gesellschaft hereinholen, damit sie nicht Außenseiter werden. Es ist auch nicht nur eine Frage der Klugheit, die Kinder und Jugendlichen aus sozial schwächeren Verhältnissen anzusprechen und sie anzuleiten einen Beruf zu erlernen, weil sie sonst leicht in die Kriminalität abgleiten. Die staatliche Sorge um diese Jugend begründet sich vielmehr darin, dass wir es uns gar nicht mehr leisten können, zu viele Jugendliche zu haben, die keinen Beruf erlernen und deshalb nicht in der Lage sind, ihren Beitrag im beruflichen und wirtschaftlichen Leben zu erbringen und sehr schnell im sozialen Netz landen. Wir leben in einer höchst komplizierten Wirtschafts- und Industriegesellschaft, die auf die Mitarbeit ihrer Mitglieder angewiesen ist. Dies ist nur möglich, wenn die Mitglieder dieser Gesellschaft auch einen entsprechenden Bildungsstandart nachweisen. Deshalb ist es wichtig, dass unsere Kinder, dass unsere Jugend einen möglichst hohen Bildungsgrad erreicht.

Diese Sorge gilt auch für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Es gibt viele unter den Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft, die sich in unserer Gesellschaft sehr gut zurecht finden und in der Wirtschaft und in der akademischen Welt eine bedeutsame Stellung erlangen können. Es gibt aber auch immer noch zu viele unter ihnen, die in der Schule versagen und es nicht über den Status eines Hilfsarbeiters hinaus bringen.

Das Bundesfamilienministerium hat diese Sorge erkannt und hat in der Initiative „Jugend stärken“ fünf Förderprogramme zusammen gefasst.

In den fünf Förderprogrammen der Initiative wird mit einem jeweils eigenen Ansatz der Versuch unternommen, benachteiligten Jugendlichen neue schulische und berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Das Programm „Jugendmigrationsdienste“ hilft, junge Menschen mit Migrationshintergrund, sich im Schul- oder Berufsalltag besser zu integrieren. Das Programm „Stärken vor Ort“ unterstützt kleine, lokale Projekte, die sowohl Jugendliche als auch Frauen beim Eintritt oder Wiedereinstieg in das Erwerbsleben Hilfestellung leisten. Das Programm „Aktiv in der Region“, unterstützt die Kommunen bei ihren originären Aufgaben in der Jugendhilfe. Das Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ soll Jugendliche, die nicht nur die Schule schwänzen, sondern den Schulbesuch dauerhaft verweigern, wieder in das Schulsystem zurückführen. Schließlich gibt es fünftens die sogenannten „Kompetenzagenturen“, die Hilfe für diejenigen Jugendlichen anbieten, die von den bestehenden Förderprogrammen nicht mehr erreicht werden und den Übergang von der Schule in den Beruf nicht aus eigener Kraft schaffen.

Der Bundesrat erkennt an, dass durch diese Programme die Zielgruppe der sozial benachteiligten Jugendlichen erreicht werden und hat deshalb in seiner EntschlieÙung vom 4.11.2011 die Bundesregierung aufgefordert, die Initiative „Jugend stärken“ fortzusetzen.

Die Programme, die im September 2011 auslaufen sollten, werden schließlich weitergeführt und gleichzeitig qualitativ verbessert.

Die besten Förderprogramme aber nützten nichts, wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist, den Jugendlichen entsprechende Angebote zu machen. Die beste

Jugendförderung ist letztendlich eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die stetig sinkenden Arbeitslosenzahlen in Deutschland zeigen, dass die Bundesregierung auf einem sehr guten Weg ist. Wir haben eine der drei niedrigsten Quoten bei der Jugendarbeitslosigkeit von allen EU-Ländern.

Zweifellos ist die Schulabbrecherquote in Deutschland mit 7% aber immer noch viel zu hoch. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass sich die Bundesfamilienministerin entschlossen hat, die Initiative „Jugend stärken“ fortzuführen. Die Anträge sind daher überholt und deshalb abzulehnen.